

Mai 2005

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Weil die Opposition im Stadtrat nicht brav parierte:

CDU entfachte Sturm im Wasserglas

Das war mal wieder eine Sitzung, in der sich die CDU nach Herzenslust aufregen konnte. Weil die Opposition es wagte, nicht nach der Pfeife der Mehrheitspartei zu tanzen. Vor allem drei Punkte waren es, bei denen die Meinungen oft weit auseinander gingen:

Erstens. Die Wahl eines neuen Ersten Beigeordneten. Mit DKP und SPD meldeten gleich zwei Parteien ihren Anspruch auf dieses Amt an. Also nix da mit dem Alleinvertretungsanspruch der CDU, der vor allem von der kommunistischen Fraktion zurückgewiesen wurde. Am Ende konnte Kunibert Jost nur 20 von 22 CDU-Stimmen auf sich vereinigen. Hertel/DKP erzielte sieben und Klein/SPD 12 Stimmen.

Zweitens. Zu einem heftigen Schlagabtausch kam es beim SPD-Antrag, den Bau- und Umweltausschuss zu trennen, um in zwei verschiedenen Gremien vor allem die Umweltthematik gründlicher

behandeln zu können. Nur die DKP unterstützte diesen Vorschlag, wobei Franz Hertel in der Diskussion auf frühere Erfahrungen verwies und vor allem die plötzliche Umkehr der CDU in dieser Frage geißelte. Schließlich wurde der Antrag abgelehnt.

Drittens. Ein regelrechtes Untergangsszenarium entwarf die CDU, weil alle anderen Parteien erhebliche Bedenken gegen den Wirtschaftsplan des Gebäudewerkes vorbrachten und schließlich mit Nein votierten. Einige Christdemokraten sahen bereits die Lichter in der Stadt ausgehen, wenn der Wirtschaftsplan abgelehnt werde. Vor allem an die DKP richtete sich der Vorwurf, die Opposition mache es sich zu einfach, wenn sie immer nur Nein sage. Doch da hatte die CDU ins Wespennest gestochen. Mit Vehemenz wurden ihre Unterstellungen von der DKP zurückgewiesen. Mehr dazu im Innern dieser Ausgabe!

21. Mai, ab 14 Uhr an der Fischerhütte im Kesselfeld

Einladung zum Früh-Links-Fest der DKP



Lesen Sie bitte auf Seite 5, was Horst Bernard (Foto), der Vorsitzende der VVN-Bund der Antifaschisten im Saarland, auf einer Veranstaltung der DKP Püttlingen über die Bedeutung des 8. Mai zu sagen hatte.

Kommen Sie und feiern mit uns den Frühling!



Wer schon mal dabei war, der weiß, wie gut man sich auf unserem Früh-Links-Fest vergnügen kann. Im letzten Jahr (Foto) waren unsere Gäste vollauf zufrieden, das wird sicher auch dieses Mal so sein.

Es gibt nicht nur Entspannung, Spaß und Unterhaltung bis zum Abwinken, auch für „Infos aus erster Hand“ ist ausreichend gesorgt. Vor allem gibt es viel Gelegenheit, mit den neuerdings sechs DKP-Ratsmitgliedern persönlich auf Tuchfühlung zu gehen.

Und nicht zu vergessen:

- Auch diesmal wird wieder eine reichhaltige Tombola verlost
- Es gibt Kaffee und Kuchen, außerdem Spezialitäten vom Grill

Am besten gleich vormerken:

21. Mai: (samstagmittags!) auf zur Fischerhütte im Kesselfeld!



Immer mehr Menschen gewinnen die Erkenntnis:

Man darf sich nicht alles bieten lassen!

Erst unlängst berichtete die Saarländische Armutskonferenz, dass der von Kabinett und Kapital betriebene „Abriss des Sozialstaats“ dazu führe, dass bei immer mehr Bürgern die Einkommen nicht mehr für den Lebensunterhalt reichen. Allein von 2000 bis 2002 ist die Anzahl der Leute, die eine Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle aufsuchen mussten, um 30 Prozent gestiegen.

Langzeitarbeitslosigkeit, Lohn- und Sozialabbau, Belastungen durch steigende Preise, Gebühren und Tarife zeigen ihre Wirkung: Die Zahl der armen wird immer größer, während die Reichen immer reicher werden.

Wenn man sieht, wie die CDU-Landesregierung unser Land systematisch ruiniert, indem z.B. das Landestheater kaputtgespart und die Frauenbibliothek in Saarbrücken geschlossen wird, indem Wirtschaftsminister Georgi das Jugendarbeitsschutzgesetz aushebeln und Ministerpräsident Peter Müller das Saarland zu einer „Modellregion“ machen will, in der man Arbeitszeit verlängern und Feiertage wegstreichen will - dann wird klar, dass das Schlimmste noch lange nicht überstanden ist. Noch viele Grausamkeiten wollen uns die Herrschenden antun!

In dieser Situation ist es gut, wenn sich endlich Widerstand gegen diese staatliche Halsabschneiderei entwickelt. Da passt es auch, dass in Saarbrücken ein Aufruf gestartet wurde: „Weg mit Hartz IV!“ Dort heißt es: „In den letzten Tagen und Wochen haben sich die Unter-

zeichnenden zu einer überparteilichen Initiative zusammengefunden, deren soziales Gewissen und deren soziale Verantwortung gegenüber der Bevölkerung des Saarlandes und der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland diese Resolution hervorgebracht hat“. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird aufgefordert, das Hartz-IV-Gesetz zurückzunehmen.

Diese Initiative hat einiges Aufsehen erregt. Und sicher hat auch die SPD-Spitze mitgekriegt, wie mies die Stimmung der Menschen an der Basis ist. Das war dann die Stunde für Parteichef Müntefering. Der Mann mit dem roten Schal witterte wohl, dass nach den Landtagswahlen in Kiel und vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen ein Unwetter auf die SPD zukommt. Deshalb griff er zur „linken Rhetorik“: Sozialismus wolle er zwar nicht, aber „die international wachsende Macht des Kapitals“ wolle er schon kritisieren. Soziale Marktwirtschaft - ja, Marktwirtschaft pur - nein.

Unternehmer und Presse reagierten mit „Entsetzen“ über diese Kapitalismuskritik, von Wandlung der SPD zu einer „Klassenkampfpartei“ wurde schon geredet. Letzteres ist von der SPD mit Sicherheit nicht zu befürchten. Offensichtlich hat Müntefering nur die Ventile geöffnet, um Dampf abzulassen.

In Deutschland wird sich wohl nichts ändern, bevor nicht die Betroffenen sich selber engagieren, den Kampf gegen soziale Verelendung aufnehmen und ihre Alternativen vertreten.

Saarbrücker Zeitung vom 14.4.05:

Züchtigung in Saarbrücker Schule beschäftigt Politik

Kürzlich erregte es öffentliches Aufsehen, als die SZ darüber berichtete, dass Schüler der Saarbrücker Herz-Jesu-Schule durch Lehrer körperlich geächtigt wurden. Das Kultusministerium sah sich sogar zu einer Abmahnung des Schulträgers veranlasst. Es handelt sich um den Don-Bosco-Schulverein.

Und so einen Schulverein wollte die CDU nach Püttlingen holen!

Bekanntlich debattierte der Stadtrat im November 2001 über die Absicht des Don-Bosco-Schulvereins, in Etzenhofen einen Schulneubau samt Internat und Sporthalle zu errichten. Verwaltung und CDU waren unisono bereit, das entsprechende Bebauungsplanverfahren einzuleiten.

Nur die DKP sprach sich prinzipiell gegen die Errichtung von Privatschulen aus und plädierte für ein einheitliches Schulsystem, das allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen und Förderung bietet.

Im Nachhinein gab es noch manche Sitzung, wo es hoch her ging und die CDU dann allein auf weiter Flur stand. Denn auch die SPD, die zunächst im Ausschuss für das Projekt gestimmt hatte, machte später einen Rückzieher.

Wie gut, dass die DKP von Anfang an klaren Kurs hielt und keine Laus im städtischen Pelz dulden wollte. Die genannten Vorgänge in Saarbrücken machen deutlich, wie weitsichtig es war, dass die DKP dafür eintrat, sich solche Art von „Schule“ vom Leib zu halten.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

Diskussion über Wirtschaftsplan ließ Emotionen aufwallen:

CDU setzte Opposition unter Druck

Der Stadtrat beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 27. April auch mit dem Wirtschaftsplan des Gebäudewerkes. Für die DKP-Fraktion nahm Franz Hertel dazu Stellung.

Er verwies darauf, dass die DKP in den Jahren 2002 und 2003 den jeweils vorgelegten Wirtschaftsplänen des Gebäudewerkes zugestimmt habe, sich aber im vergangenen Jahr für Stimmenthaltung entschied:

„Schon 2004 bahnte sich eine Entwicklung an, die wir für sehr bedenklich halten, die sich aber in diesem Jahr verstärkt fortgesetzt: Die Diskrepanz zwischen den eingeplanten Maßnahmen und dem weitaus höheren Instandsetzungsbedarf wird immer größer und die Unmöglichkeit der Stadt immer offensichtlicher, einen ausgeglichenen Wirtschaftsplan vorzulegen“.

Der DKP-Sprecher erinnerte daran, dass der vorgelegte Wirtschaftsplan einen Jahresverlust von rund 2,4 Mio Euro ausweise, was selbst vom Kämmerer als „dramatisch“ bewertet werde. Dessen Meinung ist, dass der Eigenbetrieb „ohne eine deutliche Reduzierung sowohl des Aufwandes als auch der Investitionstätigkeit“ seinen Aufgaben in den nächsten Jahren nicht mehr nachkommen kann.

Mit anderen Worten heiße das, so Franz Hertel: Wir sind auch hier praktisch pleite, weil aufgrund des Riesendefizits im städtischen Haushalt eine Erhöhung

der Betriebskostenzuschüsse ziemlich ausgeschlossen ist. Quintessenz: Leistungen müssen eingeschränkt werden, die Talfahrt geht weiter!

Damit waren die Gründe klar, warum die DKP-Fraktion diesmal mit Nein votiert. Obwohl ihr das schon schlimm genug erschien, brachte es die Union vollends auf die Palme, dass auch SPD und FDP ihre Ablehnung bekundeten. Da war dann die „Kacke am Dampfen“!

Wer den Wirtschaftsplan ablehne, stimme gegen seine eigenen Beschlüsse in den Einzelfragen, wurde der Opposition nun vorgehalten. Was natürlich Quatsch ist, weil man sehr wohl die meisten Maßnahmen gutheißt, aber trotzdem das Gesamtkonzept, welches sich im Wirtschaftsplan widerspiegelt, ablehnen kann.

Wenn man einigen CDU-Matadoren glauben wollte, macht es sich die Opposition zu einfach, immer nur Nein zu sagen und sich der Verantwortung zu entziehen.

Eigentlich wird umgekehrt ein Schuh daraus!

Bei der letzten Haushaltberatung sprach Bürgermeister Speicher über die „dramatische Verschlechterung der Haushaltssituation“, in gleichem Atemzug beteuerte er, dass die Misere „durch äußere, von der Stadt nicht zu beeinflussende Faktoren“ bestimmt werde. Das stimmt zwar grundsätzlich, aber der

Ein riesiges Fest!



Das 14. UZ-Pressfest-Volksfest der DKP findet vom 24. bis 26 Juni im Revierpark Wischlingen in Dortmund statt. Dieses größte Fest der Linken in Deutschland stellt an drei Tagen jeweils ein besonderes Thema in den Mittelpunkt.

Freitag, 24. Juni: „Hoch die internationale Solidarität!“

Samstag, 25. Juni: „Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze - gemeinsam gegen Sozialklaus und Kriegspolitik“.

Sonntag, 26. Juni: „Bunt statt Braun - gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus“.

Bekannte Künstler und Kulturgruppen sind dabei, z.B. Brings, Konstantin Wecker, Dietrich Kittner, Sands Family/Irland, Sincopa aus Cuba und viele andere.

Wer Interesse hat, ein solches Fest live zu erleben, sollte sich bitte bei der DKP Püttlingen melden.



„Nicht immer nur ablehnen, zieht uns wenigstens aus dem Schlamassel!“

Bürgermeister und seine Parteifreunde sind daran nicht ganz unschuldig: Wer sang- und klanglos die Politik der CDU-Landesregierung unterstützt, muss sich nicht wundern, wenn es immer weiter bergab geht. Da ist es gut, wenn wenigstens die DKP konsequent Nein sagt und Vorschläge für eine alternative Politik unterbreitet.

Und was die Verantwortung angeht:

Der DKP-Fraktionsvorsitzende war dazu bereit, als er sich für das Amt des Beigeordneten vorschlagen ließ. Doch davon wollte die CDU partout nichts wissen. Sie will sich eben alles unter den Nagel reißen!

Dabei wird auch vom Tisch gewischt, dass Püttlingen nicht allein aus CDU besteht. Offensichtlich scheint die Opposition nur gern gesehen, wenn sie bereit ist, die „Drecksarbeit“ zu machen und den Karren aus dem Schlamassel zu ziehen. Die DKP wird sich aber nicht zum Wasserträger der CDU machen lassen und auch künftig für konstruktive Politik im Stadtrat sorgen.

Bedeutsame Erinnerungstage geben ausreichend Anlässe zum Rückblick:

Auch in Püttlingen geht es nicht ohne die Geschichte

Das Jahr 2005 hat es in sich. Gleich mehrere bedeutsame Erinnerungstage geben Veranlassung, sich mit der Historie zu befassen. Dabei gilt es auch zu überlegen, welche Bedeutung bestimmte geschichtliche Ereignisse in der heutigen Zeit noch haben, welche Lehren sie gar vermitteln. Drei Termine stehen dabei besonders hervor: Der 13. JANUAR - 70. Jahrestag der Saarabstimmung von 1935; der 8. MAI - 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus im Jahre 1945 und der 23. OKTOBER - 50. Jahrestag der Volksabstimmung über das Saarstatut im Jahre 1955.

Ausstellung im Schlößchen

Die Stadt Püttlingen nahm den 13. Januar vor 70 Jahren zum Anlass, zusammen mit dem Heimatkundlichen Verein und der Volkshochschule eine Ausstellung unter dem Titel „Die Volksabstimmung 1935 in Püttlingen“ zu erarbeiten, die am 12. April im Püttlinger Schlößchen eröffnet wurde.

Um es vorwegzunehmen: Eine Ausstellung mit rund 30 Bildtafeln ist nicht in der Lage, alle Aspekte eines solchen historischen Ereignisses umfassend darzustellen. Von vorn herein ist hier Beschränkung auf das Wesentliche geboten. Das gilt auch für das 24-seitige Begleitheft, ohne welches das auf den Ausstellungstafeln Gezeigte noch weniger zu verstehen wäre. Bei aller not-

wendigen Auswahl soll aber das, was dann der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht wird, doch ein bestimmtes Resümee, quasi eine Botschaft vermitteln, andernfalls man sich eine Ausstellung eigentlich schenken kann.

Und wie sieht es mit der Botschaft dieser Ausstellung aus?

Kurz gesagt läuft es auf folgendes hinaus: Die Saarländer stimmten am 13. Januar 1935 für Deutschland, weil sie sich schon immer als Deutsche gefühlt haben und nach 15 Jahren Fremdbestimmung durch französische Besatzer und Verwaltung des Völkerbundes endlich wieder zum deutschen Vaterland gehören wollten. Dass das Votum vom 13. Januar zum Erstarken von Adolf Hitler und der Naziherrschaft beigetragen haben soll, wird entschieden zurückgewiesen, weil die Auswirkungen der französischen Besatzung und die Repressalien der Völkerbundsregierung und damit verbundene Schikanen sowie Rechtlosigkeit schon lange vorher die Entscheidung von 1935 vorprogrammiert hätten.

Kein Versuch von kritischer Betrachtung!

Der Gedanke, dass sich viele Saarländer bei der Volksabstimmung den Kopf vernebeln ließen, vom nationalistischen Taumel betäubt, von den „Heim-ins-Reich“-Parolen der Röchling & Co. mitgerissen und am Ende gar selbst zu Mittätern gemacht wurden, taucht in der Ausstellung gar nicht erst auf, denn die Umstände waren ja schuld: Was kann ein Nazi denn dafür, dass er so geworden ist?

Doch nun zur Ausstellung. Sie beginnt mit der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg 1914/18, der mit seinen Folgen als „auslösender Faktor“ für die spätere Entwicklung bis hin zum Januar 1935 betrachtet wird.

„Offizieller Anlaß zum Ersten Weltkrieg“, so heißt es im Begleitheft, war die Ermordung von Erzherzog Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 bei einem Attentat in Sarajewo. **Dass die deutsche Rüstungsindustrie den Krieg schon längst vorbereitet hatte und nur noch auf den geeigneten Anlass wartete, kann man an keiner Stelle erfahren. Wie überhaupt die Rolle von Bank- und Rüstungskapital im Ringen um die Neuverteilung der Machtverhältnisse in der Welt völlig außen vor bleibt.**

Bekannt ist, dass nach dem Ende des 1. Weltkrieges die imperialistischen Siegermächte der unterlegenen deutschen Militärmacht ihre „Friedensbedingungen“ im Versailler Vertrag diktierten. Dabei sicherte sich das französische Monopolkapital den Einfluss auf die Schwerindustrie des Saargebietes, das infolge des verlorenen Krieges als besonderes politisches Gebilde dem Völkerbund als „Mandatsgebiet“ unterstellt wurde. **In der Ausstellung gibt es viele anschauliche Beispiele für die entstandene Lage.**

Materielle Not und politische Unruhen nahmen zu. Es gab Auseinandersetzungen zwischen der saarländischen Arbeiterschaft und der französischen Besatzung. Verbote und Ausweisungen erfolgten. Grundnahrungsmittel wurden so teuer, dass die einfache Bevölkerung sie nicht mehr bezahlen konnte. Als im Januar 1920 vom Völkerbund eine Regierungskommission eingesetzt wurde, gab es kaum nennenswerte Veränderungen, zumal später noch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise mit voller Wucht auf die Menschen des Landes trafen. Verständlich ist, dass die Unzufriedenheit bei den Leuten immer größer wurde. Die Ursachen dafür werden aber vor allem bei den Siegermächten gesucht.

Die Ausstellung macht kaum deutlich, welche Rolle die eigenen Ausbeuter gespielt haben, wie das deut-



1934 entwickelte sich immer stärker eine Einheitsfront gegen den Faschismus, die vor allem von Kommunisten und Sozialdemokraten getragen wurde. Mit dem Eintreten für den „Status quo“ bei der Volksabstimmung sollte das Saarland vor der faschistischen Barbarei geschützt werden. Dazu konnte man in der Ausstellung kaum fündig werden.

sche Kapital die katastrophalen Folgen seines verlorenen Krieges auf die arbeitende Bevölkerung abwälzte und schon wieder dabei war, neue Abenteuer vorzubereiten.

Breiten Raum nehmen in der Ausstellung und im Begleitheft bildliche und getextete Beiträge ein, die in epischer Breite nationalistisches Gedankengut wiedergeben. Ekelhafter Pathos und Kriegsverherrlichung werden kommentarlos kolportiert, ohne an einer einzigen Stelle darauf zu verweisen, welche gefährliche Wirkung das auf die spätere Entwicklung gehabt hat.

Da wird z.B. über den nationalistischen Jubel berichtet, der nach der Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse die Menschen erfasste: „Danach brach in Püttlingen ein regelrechter Freudentaumel aus. Die Straßen wurden mit Fahnen und Girlanden geschmückt. Am Abend wurden auf allen Fensterbänken Teelichter entzündet...“

Abgesehen davon, dass an dieser Stelle ein Hinweis angebracht wäre, welche verheerende Wirkungen diese Fehlentscheidung vom 13. Januar später gehabt hat und welche Folgerungen sich daraus ergeben, stimmt es auch nicht, dass **alle** diesen Rummel mitgemacht haben. Auch in Püttlingen gab es viele Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen, die gewarnt haben, dass Hitler den Krieg bedeutet. Aber ihre Stimmen wurden nicht gehört!

Danach mussten Unzählige die Heimat verlassen; sie emigrierten, um ihr Leben in Sicherheit zu bringen. Sie flohen vor den eigenen Mitbürgern, weil etliche von diesen zu Handlangern der Faschisten wurden. Nur, darüber konnte man in der Ausstellung nichts erfahren.

Im Begleitheft gibt es kurze Beschreibungen der einzelnen Parteien, auch der KPD, die bei der Landesratswahl 1932 mit 84.000 Stimmen (23,1 %) zur zweitstärksten Fraktion wurde. Dazu sei festgehalten: An vier Stellen ist von der DKP die Rede, obwohl es um die KPD geht. Man könnte dies auf mangelnde Sorgfalt bei der Textbearbeitung zurückführen, es kann aber auch sein, dass die heutige DKP in Püttlingen so stark im Bewußtsein vieler Menschen verankert ist, dass es zu derartigen Assoziationen kommt. **Eigentlich ein Kompliment für die DKP, die unbeirrt in den antifaschistischen und revolutionären Traditionen der KPD steht.**

Vortragsveranstaltung der DKP würdigt die Bedeutung des 8. Mai:

Befreiung vom faschistischen Joch



Es war am 11. April, als die DKP ihre Veranstaltung mit dem Landesvorsitzenden der VVN-Bund der Antifaschisten durchführte. Horst Bernard (Foto: im Hintergrund, mitte) nutzte gleich zu Beginn die Gelegenheit, die geschichtliche Bedeutung dieses Tages herauszustellen.

Vor genau 60 Jahren, am 11. April 1945, erteilte das illegale Lagerkomitee im KZ Buchenwald den Befehl zum Aufstand, um das Leben von noch 21.000 Häftlingen vor der Evakuierung und den dazu durch die SS angeordneten Todesmärschen zu schützen. Knapp zwei Stunden nach diesem Befehl befanden sich die noch am Leben verbliebenen 220 SS-Angehörige in Haft. Das Lager wurde nun, bis es am 13. April von den Amerikanern übernommen worden ist, von den ehemaligen Häftlingen verwaltet. Diese führten am 12. April einen Appell der Überlebenden und am 19. April eine Totenfeier für die ermordeten Antifaschisten durch. Während dieser Totenfeier kam es zum feierlichen Schwur von Buchenwald:

„Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Horst Bernard stellte nun ausführlich dar, wie sich jene Kräfte des deutschen Volkes, die den 8. Mai schon immer als einen Tag der Befreiung von der faschi-

stischen Diktatur betrachteten, in den vergangenen Jahrzehnten bemüht haben, den Schwur von Buchenwald zu erfüllen.

Dabei verwies der Redner darauf, dass vieles im heutigen Alltag dem Anspruch von damals überhaupt nicht mehr entspreche, dass die Entwicklung vielfach sogar einen geradezu entgegengesetzten Kurs eingeschlagen habe. Das kapitalistische System erweise sich wegen seiner ausschließlich auf Profit orientierte Zielsetzung unfähig, den sozialen und staatlichen Lebensinteressen unserer Bevölkerung gerecht zu werden. Es nutze nur einer kleinen Minderheit, die immer reicher werde, während die große Mehrheit unseres Volkes stetig ärmer wird. Horst Bernard nannte hierbei nicht nur die neoliberale Wirtschafts- und Rüstungspolitik, er setzte sich auch mit dem rabiatischen Aufbau sozialer und demokratischer Rechte auseinander. Nicht zuletzt sprach er über neofaschistische Gefahren:

„Wir erleben gegenwärtig ein Anwachsen der neonazistischen Parteien und Gruppierungen, die zumindest beim Kampf um die Straße und um die Parlamente zum Teil spektakuläre Erfolge erzielen konnten (...) Es genügt, nach Völklingen und in zwei Saarbrücker Stadtbezirke zu schauen (...) Und was die Straße anbelangt, sei daran erinnert, dass mit dem „Nationalen Widerstand Kollertal“ eine besonders aggressive Truppe nach SS-Manier ihr Unwesen treibt (...) Als Lehre aus dem 8. Mai 1945 steht für mich fest: Wir brauchen in unserem Land keine Nazis“.

Dr. Luitwin Bies bei seinem Vortrag in Uhrmachers Haus:

Wir erinnern uns gerne an die Mahnungen und Erfahrungen von Jakob Scharl und Genossen

Luitwin Bies (Foto rechts) hatte sich viel vorgenommen, als er über Jakob Scharl und seine Genossen sprach. Immerhin handelte es sich um eine Zeitperiode von hundert Jahren. Da konnte es zwangsläufig nur um blitzlichtartige Rückblenden gehen. Aber am Ende waren die Besucher sehr angetan.

Jakob Scharl wurde im Januar 1905 im oberpfälzischen Amberg geboren, wo er als Kind einer Arbeiterfamilie ein entbehrungsreiches Leben führte, den ersten Weltkrieg erlebte und die anschließenden Hungerjahre durchlitt. Schon früh traf ihn das Los der Arbeitslosigkeit, was schließlich auch der Grund dafür war, im Jahre 1924 sein Glück im Saargebiet zu versuchen.

Als Neunzehnjähriger fand er zunächst Arbeit auf der Völklinger Hütte, später musste er noch oft den Beruf wechseln, bis er schließlich auf der Grube Viktoria landete. Hier in Püttlingen lernte er auch seine Frau Elisabeth kennen, die er im Herbst 1929 heiratete.

Ein Familienleben unter kapitalistischen Verhältnissen war nicht einfach, wie Jakob Scharl bald merkte, um so

überzeugter engagierte er sich in der Gewerkschaft und der Kommunistischen Partei Deutschland, denen er bereits seit 1925 angehörte.

Besonders schwierig wurde die politische Arbeit, als das Kapital und die ihm hörigen Kräfte die Errichtung der faschistischen Diktatur betrieben und schließlich Hitler an die Macht brachten. An der Saar führte das von 1933 bis 1935 dazu, dass immer stärker die Rückkehr ins Reich betrieben wurde. Die Nazis und ihre Kriegspartei benötigten Kohle, Stahl und die Menschen für ihre Kriegsziele und waren deshalb um einen Abstimmungserfolg am 13. Januar 1935 bemüht.

Unter diesen Bedingungen leisteten die Kommunisten, die in Püttlingen einer starken Parteigruppe der KPD angehörten, wichtige Arbeit.

Ernst Pistorius, Jakob Scharl, Theo Sehn, Georg Schorr, Jakob Nalbach und seine Frau Margarethe, Jakob Kurz, Rudolf und Josef Koch sowie viele andere, auch sozialdemokratische und christliche Menschen, bewiesen durch ihr Eintreten für die antifaschistische Einheitsfront, dass man sich



keineswegs zum Büttel der profaschistischen Deutschen Front machen lassen musste.

Leider konnte die Entwicklung nicht aufgehalten werden. Als die Nazis die Saar schluckten, mussten Jakob Scharl und viele seiner Kampfgefährten fliehen. 58 erwachsene Personen verließen Püttlingen, wie der damalige Bürgermeister am 22. März 1935 auflistete.

Emigration, Rückkehr, Wiederaufnahme der Parteiarbeit, Wirken für ein neues, demokratisches und friedliebendes Deutschland, Kampf gegen das Saarstatut, Ostermärsche gegen die Wiederaufrüstung - das sind einige Stichworte für das weitere Geschehen. Dabei hob Luitwin Bies besonders hervor, dass sich Jakob Scharl von Anfang an in der DKP engagierte und die Stadt ratsarbeit aktiv unterstützte.



Gespräch mit Familienangehörigen und Bekannten von Jakob Scharl



DKP-Fraktion trauert um einen aufrechten Demokraten:

Herbert Blaes bleibt in guter Erinnerung

Am 2. April verstarb der Journalist Herbert S.A. Blaes nach schwerer Krankheit. Über viele Jahre hinweg war er Herausgeber und Redakteur des Öffentlichen Anzeigers. Er hat in dieser Funktion massgeblich dazu beigetragen, dieses Blatt zu einem unverzichtbaren Bestandteil des öffentlichen Lebens zu machen.

Herbert Blaes gehörte zu jenen Menschen, für die Menschlichkeit und Demokratie keine leeren Worthülsen sind, bei ihm waren sie zu einem festen Bestandteil des praktischen Lebens geworden. Die DKP-Fraktion hat über lange Jahre hinweg mit Herrn Blaes zusammen gearbeitet und dabei unzählige Bestätigungen für seine gelebte Humanität, für Korrektheit und Zuverlässigkeit gefunden. Er war ein Mensch, dessen Ab-



leben über seine Familie hinaus eine große Lücke hinterlässt.

Auch bei den Kommunisten dieser Stadt genoss Herbert Blaes hohe Wertschätzung, sein Tod hat uns betroffen gemacht. Wir werden ihn nicht vergessen und sein Andenken in Ehren halten.

DKP stellte „Alleinvertretungsanspruch“ der CDU in Frage:

Hertel als Beigeordneter vorgeschlagen

An Stelle von Frau Hoffmann, die ihr Amt als Erste Beigeordnete aus gesundheitlichen Gründen aufgegeben hat, ist in der letzten Ratssitzung die Nachfolge geregelt worden. Für die DKP brachte H. Schwindling seinen Fraktionskollegen Franz Hertel in Vorschlag.



Wie Hans Schwindling feststellte, nehme die CDU schon seit zwei Jahrzehnten für sich in Anspruch, alleine zu bestimmen: Beigeordnete, Frauen-, Senioren- sowie Kinder- und Jugendbeauftragte müssten von der Union kommen, sonst laufe nichts. Andere Meinungen würden systematisch ausgegrenzt. Deswegen schlage die DKP vor, diesmal einen Vertreter der Opposition als Ersten Beigeordneten zu wählen.

In der Begründung erinnerte Hans

Schwindling daran, dass Franz Hertel bereits seit mehr als 30 Jahren dem Püttlinger Stadtrat angehöre, über große kommunalpolitische Erfahrungen verfüge und sicher in der Lage sei, die Interessen der Stadt auch in einer solchen Funktion zu vertreten.

Zudem verwies der Redner darauf, dass die Wahlergebnisse des letzten Jahres den moralischen Anspruch der DKP auf dieses Amt rechtfertigen: Während die CDU insgesamt 1.013 Stimmen einbüßte und die SPD 911 Wähler verlor, konnte die DKP ein Plus von 859 Stimmen verzeichnen. „Mit dem größten Stimmenzuwachs war die DKP klarer Sieger bei dieser Wahl!“

Von solchen Überlegungen wollte die Mehrheit nichts wissen. Sie wählte Kunibert Jost (CDU) mit 20 Stimmen ins neue Amt. Franz Hertel bekam sieben und Frau Klein, die für die SPD kandidierte, zwölf Stimmen.

Kurz und knapp

Ratsmitglied Dina Hertel unterstützte in der letzten Sitzung einen Antrag der SPD, den Bau- u. Umweltausschuss wieder zu trennen, um sich jeweils mit größerer Effizienz den anstehenden Themen widmen zu können. An der Verwaltung werde es dann liegen, die Sitzungen so zu planen, dass Umwelt-Themen gegenüber den naturgemäß öfter anfallenden Bau-Themen nicht ins Hintertreffen geraten. Die finanzielle Seite dürfe nicht zum alleinigen Gradmesser gemacht werden, entscheidend sei, dass die Qualität der Ausschussarbeit und ihrer Beschlüsse nicht darunter leiden.

*

Stadtratsmitglied Fritz Kuhn erklärte für die Fraktion, dass die DKP den vorgeschlagenen Änderungen zur Friedhofssatzung zustimme, weil es im wesentlichen um Anpassungen an gesetzliche Vorgaben und die neueste Rechtsprechung gehe. Außerdem seien die Entwicklungen in diesem Bereich sowie Anregungen von Bürgern berücksichtigt worden. Dies mache es leicht, zur geänderten Satzung Ja zu sagen.

*

Die nächste Ausgabe der DKP-Stadtzeitung erscheint am 2. Juli, verbunden mit einem Infostand am Rathaus.



**Wünsche? Fragen?
Anregungen?**

Wir sind erreichbar!

Bitte schreiben oder anrufen:

DKP-Fraktion:

Franz Hertel, Geisbergstraße 12
66346 Püttlingen, Tel. 6 54 17

Handhaben gegen die Nazis sind gegeben

Im Potsdamer Abkommen vom August 1945 heißt es:

„Die NSDAP mit ihren angeschlossenen Gliederungen und ihren Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen. Es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können. Jeder nazistischen und militärischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen“.

Diese Bestimmung fand Eingang ins Grundgesetz im so genannten „Entnazifizierungsgesetz-§-139“ mit dem Wortlaut:

„Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt“, d.h. diese Rechtsvorschriften (Potsdamer Abkommen und alliierte Kontrollratsgesetze) sind nach wie vor gültig!

Das bedeutet, dass laut Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, alles was mit Nationalsozialismus auch nur annähernd in Verbindung gebracht werden kann und die entsprechende Propaganda verfassungswidrig ist und es solche Parteien und ihre Auftritte in der Öffentlichkeit gar nicht geben dürfte.

Bestimmte Juristen versuchen zwar, diesen Artikel 139 des Grundgesetzes als überholt hinzustellen, insbesondere durch die Römischen Verträge aus den 50er Jahren.

Noch 1970 hat die UNO eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, die darauf geantwortet hat, so etwas wie nationalsozialistisches Gedankengut und neonazistische Parteien dürfe es bei uns allein schon wegen Artikel 139 und den Bestimmungen, auf die darin Bezug genommen wird, nicht geben.

Im Jahre 1996 wurde das Potsdamer Abkommen auf Grund einer Anfrage der tschechischen und griechischen Regierungen von USA, Großbritannien und Russland übereinstimmend als immer noch gültiges Völkerrecht bezeichnet.

Gesetzliche Handhaben gegen Nazi-umtriebe sind also gegeben, man muss es nur wollen und diese Gesetze voll ausnutzen.

Die ideologisch-politische Auseinandersetzung mit Nationalismus wird dadurch nicht überflüssig. Im Gegenteil!

Mai-Empfang der DKP-Saar im Püttlinger Kulturbahnhof:

PCF-Delegation berichtete von ihrem Kampf



Die französische Delegation mit Regionalsekretär R. Tirlicien (re.), neben ihm Franz Hertel und ganz links DKP-Bezirksvorsitzender Artur Moses

Ihren traditionellen Mai-Empfang führte die DKP Saarland zwei Tage vor dem internationalen Kampftag im Püttlinger Kulturbahnhof durch.

Bezirksvorsitzender A. Moses konnte dazu viele Parteimitglieder begrüßen, die in Gewerkschaften, Betrieben und im Kommunalbereich aktiv sind. Auch sozialdemokratische und parteilose Gäste waren erschienen. Mit Genugtuung wurde zur Kenntnis genommen, dass die Püttlinger DKP-Fraktion, die im vergangenen Jahr auf sechs Ratsmitglieder angewachsen ist, vollzählig erschienen war.

Besondere Grüße galten einer dreiköpfigen Delegation der PCF aus der französischen Nachbarregion Lothringen. **Roger Tirlicien** (Regionalsekretär der PCF im Departement Moselle und zugleich Mitglied im Regionalrat Lothringen mit Sitz in Metz, wo er als Fraktionsvorsitzender seiner Partei und als Vorsitzender der parlamentarischen Sportkommission große Verantwortung trägt) überbrachte die Grüße der französischen Kommunisten.

Roger Tirlicien berichtete über die derzeitigen Aktivitäten seiner Partei in Frankreich, wobei die Auseinandersetzung über die Europäische Verfassung im Mittelpunkt stehe. Am 29. Mai habe

das französische Volk die Möglichkeit, in einer Volksabstimmung über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden. Bislang seien die Gegner des Vertrages in der Überzahl, allein 67 Prozent der linken Wähler seien für das Nein. Deshalb habe Präsident Chirac den deutschen Bundeskanzler um Hilfe gebeten. Dieser solle seinen Einfluss auf die französischen Sozialisten ausüben, sich dem Druck der Herrschenden zu beugen und ein Europa des Kapitals zu akzeptieren.

Wie der Redner darlegte, könne man derzeit den Ausgang des Referendums kaum voraussagen. Die Kommunisten und ihre Verbündeten wollten aber alles tun, um dem Nein zum Sieg zu verhelfen. Dieses Nein richte sich gegen Neoliberalismus und Großkapital, gegen die Gefahren für soziale Sicherheit und Frieden. Bei einem Sieg des Nein müsse neu verhandelt werden, es entstünden neue Chancen, für ein fortschrittliches Europa zu wirken.

Vorankündigung

12. Oktober 2005, 19.30 Uhr, im Püttlinger Kulturbahnhof:

60 Jahre nach der Volksabstimmung über's Saarstatut

Eine Info-Veranstaltung der DKP mit dem Historiker Dr. Luitwin Bies